

Europas Sicherheitsinteressen in der neuen Weltordnung

Josef Braml

Angesichts der russischen Invasion in der Ukraine wirkt der Westen so geeint wie schon lange nicht mehr. Doch zu glauben, die USA würden Deutschlands und Europas Interessen auch in Zukunft mitvertreten, ist eine transatlantische Illusion. Aus längerfristiger, weil geostrategischer Sicht verfügt Russland über eine Eskalationsdominanz in seiner Nachbarschaft.

Während die Ukraine aufgrund ihrer geografischen Lage an ihrer unmittelbaren Grenze im „vitalen Interesse“ Russlands liegt, betrifft das Schicksal der Ukraine (und Europas) die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten nur am Rande. Die vitalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der USA konzentrieren sich schon seit geraumer Zeit hauptsächlich auf die Konfrontation mit China. Amerikas Abwendung von Europa und seine „Hinwendung nach Asien“ wurde schon von Donald Trumps demokratischem Vorgänger Barack Obama eingeläutet. Und Obamas damaliger Vizepräsident Joe Biden führt diesen Kurs nun umso entschiedener fort, um dem Rivalen China zu begegnen, der in Ostasien Washingtons Hegemonie herausfordert.

Amerikas Hauptinteressen in Asien

Mit Chinas Aufstieg geriet das gute alte Europa ins Hintertreffen und die Zukunftsregion Asien-Pazifik ins Zentrum amerikanischer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Washington will in jedem Fall verhindern, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt. Obwohl dies selten offen ausgesprochen worden ist, haben die Militäroperationen und diplomatischen Aktivitäten der USA in den vergangenen Dekaden genau dieses zentrale Ziel verfolgt.

Die chinesischen Strategen wiederum streben nach ihrer Einflussphäre, um amerikanischen Interventionen und Einflussnahmen begegnen zu können. Um die für Chinas Wirtschaft – und seine politische Stabilität – überlebenswichtigen indopazifischen Seewege abzusichern, baut Peking eine sogenannte „blue-water navy“ auf, das sind hochseetaugliche Marineeinheiten, die über die Küsten-

verteidigung hinaus auch eine globale Machtentfaltung zur See ermöglichen sollen. Im Zuge dieser „aktiven Verteidigung“ soll zunächst der Raum innerhalb der „ersten Inselkette“ kontrolliert werden, der das durch Korea und Japan begrenzte Gelbe Meer, den westlichen Teil des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan und das Südchinesische Meer umfasst. Der erweiterte Raum, die „zweite Inselkette“, erstreckt sich weiter östlich von den Kurilen über Japan und südostwärts über die Bonin-Inseln und die Marianen bis zu den Karolinen-Inseln.

Chinas raumgreifende Aktivitäten beunruhigen vor allem seine regionalen Nachbarn und drängen diese zur Zusammenarbeit untereinander und mit der „Schutzmacht“ USA. Chinas aggressiveres Auftreten hat bereits dazu geführt, dass der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (Quad) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA reaktiviert wurde – ein bislang informelles Arrangement, das eingerichtet wurde, um dem wachsenden chinesischen Einfluss im Indischen und Pazifischen Ozean entgegenzuwirken.

Während die USA schon seit Längerem engere Sicherheitsbeziehungen mit Japan und Australien pflegen, war Indien bislang um Äquidistanz zu den beiden Großmächten USA und China bemüht, um seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Beziehungen zu China nicht zu belasten. Doch die jüngsten Spannungen zwischen China und Indien haben „die größte Demokratie der Welt“, Indien, bewogen, sich der ältesten Demokratie, den USA, wirtschaftlich und militärisch anzunähern.

Europas Sicherheitsdilemma

Diese strategische Perspektive verdeutlicht, warum Washington den neuen Alliierten Indien nicht unter Druck setzt, seine Energie- und Waffenimporte aus Russland preiszugeben, um Moskau im



Ukrainekrieg zu schwächen. Die westlichen Demokratien sind also alles andere als geschlossen im Krieg (der Ukraine) gegen Russland. Auch in Washington selbst wird bereits offen darüber debattiert, ob der Konflikt im alten Europa die Weltmacht nicht allzu sehr von ihrer Hauptaufgabe in Asien ablenkt, nämlich China einzudämmen.

Umso bedrohlicher erscheint ein festes strategisches Bündnis zwischen Russland und China für die Weltenplaner in Washington. Bereits heute wären die USA nicht mehr in der Lage, einen Zweifrontenkrieg, also gegen Russland in Europa und gegen China in Asien, zu gewinnen. Das war schon 2019 die Befürchtung von amerikanischen Verteidigungsbeamten und Militäranalysten. In Planspielen der Rand Corporation, des größten und renommiertesten amerikanischen Thinktanks, in denen Großmachtkonflikte simuliert wurden, wäre in einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit Russland und China eine Niederlage für die USA programmiert.

Insofern ist es selbst nach Putins Waffengang in der Ukraine und der damit verbundenen Selbstschwächung Russlands durchaus denkbar, dass sich die amerikanische Russlandpolitik in Zukunft wandelt und damit die Europäer erneut vor Probleme stellt, allerdings vor völlig anders geartete. Bestand die Herausforderung europäischer Russlandpolitik bislang darin, den strategischen Baustein „Wandel durch Annäherung“ auch ohne bzw. gegen Washington anzuwenden, so könnte sich das Problem in Zukunft verschieben hin zu der Frage, wie sich eine glaubwürdige Abschreckung ohne Washington aufrechterhalten lässt.

Es ist höchste Zeit, dass die Europäer nicht mehr nur über die für eine europäische Friedensordnung weiterhin nötigen vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber Russland nachdenken, sondern sich auch über eigene militärische Fähigkeiten Gedanken machen. Indem die Europäer eigene, von den USA unabhängige militärische Fähigkeiten entwickeln, im konventionel-

len wie im nuklearen Bereich, können sie Erpressungsversuchen der russischen Führung vorbeugen. Aber auch gegen die Launen einer möglichen zweiten Trump-Präsidentschaft wären sie gewappnet. Amerikas Anspruch, trotz innenpolitischer Verwerfungen und zunehmend knapper werdender Ressourcen eine Weltordnung amerikanischer Prägung aufrechtzuerhalten, dürfte die innerlich geschwächte Weltmacht dazu verleiten, künftig Europas Sicherheitsinteressen noch mehr zu vernachlässigen.

Dr. Josef Braml ist USA-Experte und Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Denkfabrik Trilaterale Kommission. Sein neues Buch „Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können“ ist beim Verlag C.H. Beck erschienen. Eine Rezension von Peter E. Uhde finden Sie auf der Homepage der GSP unter Literatur.

In eigener redaktioneller Verantwortung



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228) 652556, E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
 10117 Berlin, Reichstagufer 14, Tel.: (030) 20648549, E-Mail: praesident@gsp-sipo.de
 Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSP-5ipo; Twitter: [@GSPSipo](https://twitter.com/GSPSipo)

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 80 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischer Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgabe durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Dr. Hans-Peter Bartels

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in sieben Landesbereiche und drei selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 040/46679784)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04209/ 5790)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 09247/2299826)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/ 91532590)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin jessica.nies@gsp-sipo.de

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel-v@gsp-sipo.de